

Protesttag der Zahnärzteschaft

Laut werden gegen Bürokratie und Budgetierung



Wie hier in Berlin kamen an vielen Orten in Deutschland Zahnärztinnen, Zahnärzte und ZFA zu Protestaktionen zusammen.

zm-sth

Susanne Theisen, LL, mg | 18.06.2024 | Politik

Praxis zu, Mund auf: In vielen Kammern und KZVen kamen heute Zahnärztinnen, Zahnärzte und ihre Praxisteams zusammen, um gegen die aktuelle Gesundheitspolitik und für bessere Arbeitsbedingungen zu protestieren.

Demonstrationen, Praxisschließungen, Diskussionsrunden mit der Politik: Mit unterschiedlichen Aktionen in vielen Regionen Deutschlands wurde der Berufsstand heute laut, um Verbesserungen der Rahmenbedingungen in der zahnärztlichen Versorgung zu fordern. Mit dabei waren Zahnärztinnen, Zahnärzte und ZFA aus Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Berlin, Bremen und dem Saarland.

Baden-Württemberg: „Sprechttag“ der Zahnärzte



Im Hörsaal der Universität Tübingen fanden sich mit Dr. Torsten Tomppert, Präsident der Zahnärztekammer Baden-Württemberg, zahlreiche Studierende, Niedergelassene und Praxisteams ein, um sich mit dem Landtagsabgeordneten Jochen Haußmann, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, und Prof. Dr. Peter Lang, Gemeinderat Tübingen, auszutauschen. © Markus Schwarz

Im „Ländle“ steigt die Sorge, alle Patientinnen und Patienten auch in Zukunft noch wohnortsnah und auf hohem Niveau zahnärztlich versorgen zu können. Die Praxen stünden unter großem Druck, meldet die Landes Zahnärztekammer und warnt davor, dass die schlechten politischen Rahmenbedingungen die Versorgung akut gefährden. Unter dem Motto „Wir müssen reden!“ blieben laut Kammer heute viele hundert Praxen geschlossen. Die Teams schlossen sich dafür den landesweiten Protesten in verschiedenen Städte der Bezirke Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen an – zum Beispiel auf Rathaus- und Marktplätzen, in Zahnärztehäusern und sogar im Hörsaal der Tübinger Universität. Ziel war es, mit der Politik sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die unaufhaltsame Bürokratisierung, die seit Jahrzehnten unveränderte Gebührenordnung und die mangelnde Wertschätzung seitens der Politik zu sprechen. Die Resonanz sei außergewöhnlich, sagen die Initiatorinnen und Initiatoren.

Rheinland-Pfalz: Die Praxen werden für das Personal immer unattraktiver

Auf dem Münzplatz in Koblenz demonstrierten heute rund 1.000 Niedergelassene und Praxismitarbeitende. Die Bezirkszahnärztekammer Koblenz hatte zu der Protestaktion im Rahmen ihrer Kampagne [„Sofort Schluss“](#) [🔗](#) aufgerufen. Die Belastungen in den Praxen überschatteten zunehmend die positiven Aspekte des ZFA-Berufs, wie den „befriedigenden persönlichen Umgang mit den überwiegend über viele Jahre treuen Patienten und die den eigenen Vorlieben folgenden Aufstiegsmöglichkeiten“, gab die Bezirkszahnärztekammer Koblenz anlässlich des Protesttags zu bedenken.

Die bürokratischen Pflichten, denen sich das Personal nicht mehr gewachsen fühle, seien ein häufig genannter Grund für den Wechsel in eine andere Branche, zum Beispiel zu den Krankenkassen. Im Unterschied zur Praxis könne man den Mitarbeitenden dort Gleitzeit, Homeoffice und andere Annehmlichkeiten bieten.

Neben Sylvia Gabel vom Verband der medizinischen Fachberufe (vmf) und Landes Zahnärztekammerpräsident Dr. Wilfried Woop sprachen auch Dr. Ulrike Stern, Vorsitzende des Landesverbands Rheinland-Pfalz vom Freien Verband Deutscher Zahnärzte, und Prof. Christoph Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer. Dieser erneuerte seine Mahnung von der Protestveranstaltung eine Woche zuvor in München: „Stirbt die Hauszahnarztpraxis, kommt die Versorgungslücke.“ Die Budgetierung nehme den Praxen die Planungssicherheit, so Benz weiter, und „killed die Prävention“. Es sei unsinnig, wenn die Politik nun ein Gesundes-Herz-Gesetz auf den Weg bringe und gleichzeitig bei der Parodontitisbekämpfung auf die Bremse trete.



Berlin: Gute Versorgung braucht gute Rahmenbedingungen

„Zähne zeigen gegen diese kranke Gesundheitspolitik“ lautete das Motto der Berliner Zahnärzteschaft. Dazu aufgerufen hatten die Zahnärztekammer und die KZV Berlin sowie der Verband medizinischer Fachberufe (vmf). Mehrere hundert Niedergelassene sowie Praxismitarbeiterinnen und -mitarbeiter fanden sich im Berliner Zahnärztehaus für eine Podiumsdiskussion ein, darunter Karsten Geist, Chef der KZV Berlin, Dr. Karsten Heegewaldt, Präsident der ZÄK Berlin, Hannelore König, Präsidentin des vmf, auch der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Christian Zander, und der Sprecher für Gesundheit der Fraktion Die Linke, Tobias Schulze. Alle drei Gesundheitsorganisationen [appellierten](#) [🔗](#) nachdrücklich an die Politik, die Grundlagen für eine langfristig gut aufgestellte zahnärztliche Versorgung zu schaffen. Hürden wie unnötige Bürokratie, Budgetierung und unausgereifte Telematik müssten abgebaut, die Gewinnung von Nachwuchs- und Fachkräften durch attraktive Rahmenbedingungen gefördert werden.

oft protestiert in

**iharztpraxis,
gungslücke“**



Unterstützte den Protest der Berliner Zahnärzteschaft mit ihrem gesamten Team: Zahnärztin Keziban Doğan (1.vo.re.). Die Praxisinhaberin aus Berlin-Tiergarten sieht vor allen Dingen die zunehmende Budgetierung von Leistungen kritisch und bemängelt, dass der Prozess der Berufsanerkennung ausländischer Abschlüsse viel zu lange dauert. © zm-sth

„Nennen Sie mir im gesamten Bereich der Gesundheitsberufe eine Sparte, die so prophylaktisch arbeitet wie die Zahnärzte“, forderte Zahnärztin Asoudeh Parish aus Berlin-Friedenau die anwesenden Politiker bei der an die Podiumsdiskussion anschließenden Diskussion auf. „Wir machen seit Jahrzehnten Prophylaxe und haben die Krankenkassen dadurch extrem entlastet.“ Vor diesem Hintergrund sei es aus ihrer Sicht absolut unverständlich, eine evidenzbasierte und wirksame Leistung wie die neue Parodontitistherapie erst zu implementieren und kurz darauf zurückzufahren.

Niedersachsen: Zahlreiche Praxen machten aus der Not eine Tugend

Unter der Überschrift „Aus der Not eine Tugend machen“ legten heute rund 1.500 Zahnärztinnen und Zahnärzte in Niedersachsen sowie 1.700 Praxismitarbeiterinnen und -mitarbeiter die Arbeit nieder und nahmen an einem digitalen Fortbildungstag teil. Mit der Aktion, zu der die Kammer und die KZV Niedersachsen zusammen mit den Zahnärzten für Niedersachsen (ZfN) und dem Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) eingeladen hatten, will die niedersächsische Zahnärzteschaft vor allem die Bevölkerung auf das Praxissterben im Bundesland aufmerksam machen. „Schon heute schließen viele Praxen, weil Zahnärzte

und Zahnärztinnen in Rente gehen ohne einen Nachfolger/eine Nachfolgerin zu finden. Viele junge Zahnärztinnen und Zahnärzte scheuen mittlerweile aufgrund der widrigen Bedingungen den Weg in die Selbstständigkeit“, heißt es auf einer die Proteste begleitenden [Website](#) . Aktuell machen demnach 80 Praxen pro Jahr dicht.

Bremen: Solidarisch mit Niedersachsen

„Die Zahnärztinnen und Zahnärzte im Lande Bremen unterstützen die Protestveranstaltung der Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen“, hieß es im Vorfeld der Protestaktionen in Niedersachsen von den Landesorganisationen im benachbarten Stadtstaat. Bundesweit sende die Zahnärzteschaft immer mehr Warnsignale zu den sich rapide verschlechternden Bedingungen für Zahnarztpraxen und die damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung, betonten die Bremer Zahnärztinnen und Zahnärzte. Niederlassungshemmnisse wie Bürokratie, Budgetierung, Inflation und Fachkräftemangel müssten dringend politisch angegangen werden, um die wohnortnahe Patientenversorgung aufrecht zu erhalten.

Saarland: Jeder vierte Zahnarzt ist im Rentenalter

Im Saarland fand eine landesweite Fortbildungsaktion statt, die von der Abteilung Zahnärzte der Ärztekammer des Saarlandes und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Saarland organisiert wurde. Die Landespolitik informierte Patientinnen und Patienten über die Maßnahme auch mit dem Hinweis, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen, unter denen die Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte arbeiten müssten, die Berufe zunehmend unattraktiver machten.

„Eine überbordende Bürokratie, die Budgetierung erbrachter Leistungen und eine Gebührenordnung, die Kolleginnen und Kollegen von der Praxisgründung bis zur Rente begleitet hat (und weiterhin seit über 35 Jahren gilt!), zeigen heute ihre Folgen“, schreiben Kammer und KZV. „Viele Praxisinhaber finden keinen Nachfolger. Ein Praxissterben hat auch im zahnärztlichen Bereich enorm an Fahrt aufgenommen.“ Aktuell gebe es 418 Zahnarztpraxen im Saarland, zehn Prozent weniger als vor zehn Jahren – bei wachsenden Nachwuchssorgen. Dr. Lea Laubenthal, Vorsitzende der Zahnärztekammer des Saarlandes, weist darauf hin, dass bereits heute 23,4 Prozent der saarländischen Niedergelassenen das Rentenalter erreicht haben. „Nur weil diese Kolleginnen und Kollegen weiterhin arbeiten, ist die zahnärztliche Versorgung noch einigermaßen gesichert“, sagte sie der Saarbrücker Zeitung.

Im Jahr 2022 hätten neun Zahnärzte ihre Praxen für immer geschlossen, im vergangenen Jahr waren es zehn, ergänzt Jürgen Ziehl, der Präsident der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Saarland (KZV). Die flächendeckende und wohnortnahe zahnärztliche Versorgung sei jedoch nicht nur durch Nachwuchsmangel, sondern auch durch Honorarkürzungen und fehlerhafte Digitalisierung bedroht, fasste

Dr. Christiane Wagner, Vorstandsmitglied im Landesverband Saarland des Freien Verbands der Zahnärzte, zusammen.